



Menschenrechtsorganisationen fordern die Bundesregierung zu klaren Position gegenüber Gewalt an kroatischen EU-Grenzen auf

Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland von seinem Vorgänger Kroatien den Vorsitz im Rat der EU. Zu diesem Anlass kritisiert ein Bündnis deutscher und internationaler Menschenrechtsorganisationen und Aktivistengruppen, darunter das Border Violence Monitoring Network*, Pro Asyl, Seebrücke u.v.m. die Unterstützung Kroatiens seitens der Bundesregierung angesichts der systematischen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Asylsuchenden an den kroatischen EU-Außengrenzen.

Die unterzeichnenden Organisationen weisen auf die illegalen Kollektivausweisungen hin, die sich nach der offiziellen Schließung der Route an den EU-Außengrenzen in der Balkanregion als informeller Grenzschutz etabliert haben. Über 7000 Schutzsuchende waren davon laut den Berichten des Border Violence Monitoring Netzwerks in den letzten Jahren betroffen. In 80% der Fälle finden sich Hinweise auf unverhältnismäßige Gewaltanwendung bis hin zu Fällen von Folter durch kroatische Beamt*innen und 38% der Betroffenen sind minderjährig. Für tausende Schutzsuchende, die über Griechenland weiter nach West- und Zentraleuropa fliehen wollen, stellt die Balkanregion eine von der EU gewollte Sackgasse dar.

Im Statement heißt es dazu: „Fünf Jahre nach dem »March of Hope« aus Budapest fordern die unterzeichnenden Organisationen die Bundesregierung dazu auf, sich während der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands für ein Ende der Gewalt gegen Schutzsuchende und die Einhaltung des Rechts auch an den EU Außengrenzen einzusetzen und die massiven und bestens dokumentierten Menschenrechtsverletzungen nicht länger zu unterstützen und zu tolerieren.

- Schutzsuchende in der Westbalkanregion dürfen nicht vergessen werden. Ihr Recht auf Asyl in der EU muss gewährleistet werden.
- Die menschenrechtsverletzenden Grenzpraktiken Kroatiens müssen von der Bundesregierung als solche benannt und klar verurteilt werden. Jegliche materielle Unterstützung des kroatischen Grenzschutz von Seiten der Bundesregierung muss unterbunden werden.
- Die Gewalt muss ein Ende haben. Als »Vermittler« zwischen den Institutionen muss Deutschland die Ratspräsidentschaft nutzen, um die Bestrebungen des Europäischen Parlaments zu bestärken und sich für ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Kroatien angesichts der systematischen Pushbacks einzusetzen.

Das vollständige Statement finden Sie [hier](#).

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Chandra Esser
+49173 234 4214
mail@borderviolence.eu
www.borderviolence.eu